Tageblatt für Politik.
Unterhaltung, Geschäftsverkehr.
Börsenbericht. Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 3.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 V. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Dr. Meißner, 5, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Dresdnerinnen oder nach Leitgegen 20 Pfg. Unterm Strich (Einsendungen) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Wochenzahlung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittlungsstellen an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

Liebe's Malzextractbonbons:
aus Schleim, wegen seiner lösenden Einwirkung und Bekömmlichkeit bei Hustenleiden unübertroffenen Malzextract von J. Paul Liebe-Dresden führen in roten Beuteln zu 20 und 40 Pfg. und Metallbonbons à ¾ Pfg. alle Apotheken u. Drogen.

Bauartikel, Kessel, Pfannen, Decimalwaagen etc. etc. etc.
empfiehlt billigst
Friedrich Klotz
Königsbrückerstrasse 80 und 81.
Bautznerstrasse 28.

Kinder-Leberthran,
wie er seit Jahren in hiesiger Kinderheilanstalt verordnet wird, empfiehlt die
Salomonis-Apotheke, Dresden, Neumarkt 8.

Tapeten — Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. **F. Schade & Co.** Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. — Tapeten

Kräutersäfte
zu blutreinigenden Frühjahrskuren etc. liefert frisch bereitet, innerhalb der Stadt freie Zusendung.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Photographie von Hahn's Nachf. Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitkarten-Photographien 12 Stück von 6 Mark ab, Vergrösserungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung bis Lebensgrösse von 40 Mark ab. **Waisenhaus-Strasse Nr. 34,** nahe dem Dippoldiswaldaer Platz.

Nr. 114. Spiegel: Maßregeln der Arbeitgeber gegen die Ausstände. Kaiserbesuch, Königsparade, Ausfuhr nach Amerika, Serenade des Männergesangvereins, Armeeveränderungen, Allgemeine Ehrenzeichen, Gerichtsverhandlungen. „Der Eid", Kunstvereinsausstellung. **Freitag, 24. April.**

Für die Monate Mai und Juni

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 85 Pfennigen, in Oesterreich zu 1 Gulden 54 Kreuzer (ausschließlich Aufgeld) angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Politisches.

„Sensationelle Enthüllungen" von Arbeitgeber-Komplotten, welche gegen alle berechtigten Forderungen der Arbeiter geschmiedet sein und die Unternehmer als eine ganz gefährliche Bande von Verschwörern erkennzeichnen sollen, hat dieser Tage die sozialdemokratische Presse mit dem üblichen Pathos des Entsetzens und der Entrüstung ihren Lesern aufgetischt. Diese angeblichen Enthüllungen, die darnach kaum ihres Gleichen hätten, sind einer Broschüre entnommen, welche bei Bernstein in London unter dem Titel: „Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse" erschienen ist. Dieselbe enthält u. A. eine Reihe von Aktenstücken, die der Zufall, wie es heißt, dem Herausgeber in die Hände gespielt hat. Aus diesen Schriftstücken soll hervorgehen, daß die höchsten Behörden des Staates mit den Leitern von Vereinen der Großindustriellen in trauter Eintracht zusammenwirken, um Arbeiter mit der Hungerpeitsche zu strafen, und zwar blos deshalb, weil sie sich des Verbrechens schuldig gemacht hätten, für eine durchgreifende Arbeiterschutzgesetzgebung einzutreten oder von der gesetzlich gewährleisteten Koalitionsfreiheit Gebrauch zu machen. Wer nun vorurtheilslos die veröffentlichten Dokumente liest, deren Inhalt übrigens gar nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt war und die nur durch Vermittelung eines Diebstahls bekannt geworden sind, der wird bald erkennen, daß die Thatsachen von den sozialdemokratischen Demagogen und Hetzapostteln geradezu auf den Kopf gestellt worden sind. In der ganzen Veröffentlichung ist in Wahrheit nichts zu finden, was den Vorwurf einer ungerechtfertigten, geschweige denn einer gesetzwidrigen Handlungsweise von Arbeitgebern oder staatlichen Beamten begründen könnte. Der Verband Berliner Metallindustrieller, um den es sich hier handelt, ist zu dem Zwecke gegründet worden, um den Vereinigungen der Metallarbeiter durch gesetzlich statthafte Machtmittel ein Paroli zu bieten. Wie in dem Gründungscircular angegeben wird, wurde der Verband in erster Linie zur Abwehr unberechtigter Arbeitseinstellungen gegründet und um die schlechten Elemente unter den Arbeitern niederzuhalten. Die Maßnahmen, die der Verband zur Erreichung dieses zunächst gestellten, durchaus zu billigenden Zweckes ergriffen hatte, knüpfen an die Maifeier des vorigen Jahres an und greifen über den Rahmen des gesetzlich Erlaubten keineswegs hinaus. Unter diesen Maßnahmen ist die wichtigste die Verpflichtung, welche den dem Verbande angehörenden Werken auferlegt ist, streikende Arbeiter anderer Verbandsbetriebe so lange nicht in ihren Arbeitsstätten zu beschäftigen, als der von einem Bezirksverein für unberechtigt erklärte Streik dauert. Dieser Maßregel kann aber die volle Berechtigung nicht abgesprochen werden, wenn man in Erwägung zieht, daß es zur Zeit der Maifeier galt und bald wieder gelten wird, den von wüsten Agitatoren verführten Arbeitern die rücksichtslose Entschlossenheit der Unternehmer entgegenzustellen und die frivole Herausforderung der Sozialdemokraten, an einem beliebigen Wochentage in unverantwortlich leichtfertiger Weise die Arbeit niederzulegen, nicht unbeantwortet zu lassen. Maßnahmen seitens der Arbeitgeber, wie die eben bezeichnete, haben die segensreiche Wirkung gehabt, den revolutionär gesinnten Massen den Wahn zu nehmen, daß alle Räder in der Welt zu jeder Stunde still stehen müssen, wenn ihr starker Arm das will.

Der Verband Berliner Metall-Industrieller ist ferner nicht blos zusammengetreten, um geschlossen und einheitlich unberechtigten Ausständen der Arbeiter gegenüber zu stehen und anerkannten Unruhestiftern und wüsten Agitatoren den Eintritt in die Werkstätten zu verschließen, sondern hat sich u. A. auch das positive Ziel gesteckt, berechtigten Klagen der Arbeiter durch gemeinsames Wirken Abhilfe zu verschaffen. Wie kann man diesem Sachverhalt gegenüber ehrlicherweise davon reden, daß der Verband, dem alle Metallfabriken Berlins angehören und dessen Vertrauenskommission anerkannt maßvolle, ruhig und vornehm denkende, den Arbeitern durchaus wohlgesinnte Großindustrielle angehören, terroristisch verfahren und die Koalitionsfreiheit der Arbeiter mit Füßen getreten hat! Und selbst wenn aus einigen Dokumenten hervorzugehen scheint, daß einzelne Verabredungen und Maßnahmen über die erstrebenswerthen Ziele hinausgegangen sind, so darf man nicht vergessen, in welcher unerhört diktatorischen Weise die Gegner verfahren, und man darf nicht übersehen, daß die sozialdemokratischen Verhetzer kein Mittel verschmähen, um Haß und Unfrieden zu säen und die Erbitterung der Arbeiter gegen ihre Lohnherren auf's Aeußerste zu steigern. In der That muß man sich mit dem Freiherrn v. Stumm wundern, daß der künstlich von den sozialdemokratischen Führern angefachte Fanatismus es noch nicht so weit gebracht hat, die Unternehmer bei der ersten besten Gelegenheit todtzuschlagen. Nicht die friedlich gesinnten und fleißigen Arbeiter werden sich darüber beschweren, daß Arbeitgeber in bestimmten Fällen das Recht beanspruchen und ausüben, gewisse Elemente von der Arbeit auszuschließen und denselben fernerhin keine Arbeit mehr zu gewähren, sondern das heuchlerische Entrüstungsgeschrei hierüber rührt vielmehr von jenen Aufwieglern her, die der ehrlichen mühsamen Beschäftigung in den Fabriken und Werkstätten die besser bezahlte und minder anstrengende Wühlerei in Schnapsdestillen und Cigarrenläden vorziehen. Mit paradiesischer Naivetät verlangen die Sozialdemokraten, daß die Arbeitgeber die Waffe des Boykotts nicht annehmen sollen, die sie doch selbst zuerst mit unbarmherziger Entschlossenheit ergriffen haben und zu deren Gebrauche sie fortgesetzt auffordern. Dergestalt z. B. haben ja die Sozialdemokraten den Boykott ausgeübt, daß ihr eigener Genosse Liebknecht darunter so schwer leiden und den musikalischen Genüssen in der Berliner Philharmonie entsagen mußte. In Berlin sind sie ferner soweit gegangen, nur denjenigen Kellnern Trinkgelder zu verabreichen, welche sich ihrer Organisation angeschlossen haben und sozialdemokratische Kontrolmarken vorzeigen können. Solchem Terrorismus gegenüber ist die Härte, welche hier und da bei Arbeitgebern zu Tage treten mag, ein reines Kinderspiel! Gleichwohl aber hat das Vorgehen der Berliner Metall-Industriellen Herrn Liebknecht in die rosige Stimmung des russischen Knutendespotismus versetzt, indem er an ihnen in Worten im Reichstage die Strafe der körperlichen Züchtigung vollzog.

Der zweite Hauptpunkt der „sensationellen Enthüllungen", der „zur Lucius'schen Fideikommißstiftung- und Bötticher'schen Welfenfondsaffaire ein würdiges Pendant" bilden soll, betrifft die Betheiligung der staatlichen Behörden an den Maßnahmen des Verbandes der Metallindustriellen. Auch hier fallen die maßlos aufgeblähten Vorwürfe, welche von den Sozialdemokraten erhoben worden sind, bei näherem Zusehen in Nichts zusammen. Der preußische Kriegsminister hatte sich bezüglich der ihm unterstellten Werkstätten mit dem genannten Verbande in's Einvernehmen gesetzt und ergriff ganz dieselben Maßnahmen wie dieser, um sozialdemokratische Arbeiter, welche willkürlich die Arbeit einstellten, von der vaterländischen Arbeit auszuschließen. Auf demselben Standpunkt stellte sich ferner das preußische Eisenbahnministerium, welches sogar den Boykott gegen kontraktbrüchige Arbeiter in vollem Umfange aufrecht erhielt, nachdem die Privatindustriellen die Aussperrung theilweise, unter Ausschluß der Hauptunruhestifter, aufgehoben hatten. Es bedarf keines Hinweises, daß das nicht gesetzwidrige System von Maßregeln, welches die privaten Arbeitgeber der Metallindustrie angewendet haben, auch von der Hand des Staates gehandhabt nicht unstatthaft wird. Ganz besondere Erbitterung aber tragen die Herren Umsturzler über ein Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten zur Schau, in welchem über den Empfang eines Geschenkes des Verbandes von 3000 Mark an diejenigen Polizeibeamten quittirt wird, die aus Anlaß des 1. Mai über Gebühr angestrengt werden mußten und deren thatkräftiger Unterstützung die Fabrikanten wesentliche Dienste zu verdanken hatten. Bebel nimmt an, daß die Polizisten den Unternehmern Denunciantendienste geleistet hätten, in Wirklichkeit aber haben sie weder im Interesse von Arbeitgebern noch speziell der Metallindustriellen gehandelt, sondern sie sind lediglich zur Aufrechterhaltung der in Frage gestellten Ordnung in Anspruch genommen worden. Die Ablehnung des Geschenkes wäre vielleicht angemessener gewesen; aber daraus, daß es Privatpersonen gestattet wird, in außergewöhnlichen Fällen Remunerationen an Beamte vertheilen zu lassen, einen Verstoß gegen das Strafgesetz zu konstruiren, das bringen nur die Sozialdemokraten fertig, die, wie Herr Hartmann am Montag treffend bemerkte, in der Beurtheilung ihrer Gegner unvernünftig streng sind, für sich selbst aber in der Handhabung der Gesetze Milde und Nachsicht fordern.

Nicht Tadel und Ablehnung, sondern Lob und Nachahmung verdienen die Metallindustriellen, daß sie sich zur Abwehr von Streik- und Verhetzungsbestrebungen in einmüthiger Weise organisirt und dasselbe Koalitionsrecht verwerthet haben, vermöge dessen die Sozialdemokratie durch opfermuthigen und planmäßigen Zusammenschluß große Erfolge erzielt hat. Erklärlich mögen die Wuthausbrüche der Sozialdemokraten sein, weil sie sehen, daß die Arbeitgeber klug genug sind, sich endlich mit denselben schneidigen Waffen zum Kampf zu rüsten, mit denen sie selbst oft genug schwer verwundet worden sind. Die zielbewußte und kräftige Organisation der Arbeitgeber wird in wirksamster Weise die Aktionsfähigkeit der Sozialdemokratie schwächen, den Uebermuth und die Begehrlichkeit der unruhigen Elemente des Arbeiterstandes im Zaume halten und den pflichttreuen, verständigen Arbeitern die Möglichkeit geben, sich den diktatorischen Terrorismus der Hetzer und Aufwiegler allezeit vom Leibe zu halten. Vermöge lebenskräftiger Arbeitgeberkoalitionen wird aber nicht blos die Gewähr gewonnen, unberechtigten und maßlosen Forderungen einen unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen, sondern auch andererseits der Weg geebnet, um billigen erfüllbaren Wünschen und Beschwerden der Arbeiter mit allseitigem Wohlwollen entgegenzukommen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23 April.

Berlin. Der Reichstag setzt die Berathung des Arbeiterschutzgesetzes bei § 153 (Verschärfung der Strafbestimmungen über Mißbrauch des Koalitionsrechtes) fort. Abg. Moeller (nl.) erklärt, daß die Nationalliberalen für Abs. 1, aber gegen Abs. 2 (Bestrafung der Aufforderung zum Kontraktbruch) stimmen, diesen Standpunkt auch festhalten würden, wenn die Materie im Rahmen einer Novelle zum Strafgesetzbuch geregelt werden sollte. Nach den vortrefflichen Ausführungen Hartmann's habe er nicht nöthig, auf den sozialdemokratischen Antrag einzugehen. Die Arbeitgeber-Verbände, über die man sich jetzt so beschwere, befänden sich lediglich im Stande der Selbstvertheidigung, und sie seien gezwungen, sich der Mittel zu bedienen, die man ihnen gegenüber anwende. Eine Aenderung werde nur eine Hungerkur bringen, zu welcher gewissenlose Agitatoren, obgleich sie wissen, daß wir uns in einer Periode wirthschaftlichen Niedergangs befinden, die Arbeiter in frivoler Weise treiben. Sie (zu den Sozialdemokraten) rathen allerdings von weiteren Streiks ab, aber Sie haben Ihren Einfluß auf die von Ihnen verführten Führer im Lande verloren und Sie halten die Bewegung nicht mehr in Ihrer Hand (Lärm bei den Sozialdemokraten. Bebel wird wegen fortgesetzter Unterbrechung des Redners zur Ordnung gerufen.) — Abg. Stoetzel (Centr.) wendet sich gegen die Arbeiterkomplotte, welche den Ausschluß dieses oder jenes Arbeiters von der Arbeit bezweckten. Dieses Proscriptionssystem verbittere, ohne von dauerndem Nutzen zu sein. Es könne die Bewegung unter den Arbeitern nicht aufhalten, die dahin gehe, daß sie auf dem Fuße der Gleichberechtigung neben dem Arbeitgeber stehen wollen. — Abg. Förster (Soz.) sucht nachzuweisen, daß es die Hamburger Behörden den organisirten Arbeitern Hamburgs möglichst erschwert haben, ihre Forderungen gegenüber den Unternehmern zur Geltung zu bringen. Die Begehrlichkeit der Hamburger Maurer sei durch die Unternehmer bewirkt worden, die sich überboten, weil ein wahnsinniges Hasten im Bauwesen eingetreten war. Die Maifeier sei zuerst von den Unternehmern als Machtfrage aufgefaßt und durch die Arbeiter provocirt worden. — Abg. Hammacher (nl.) giebt Stoetzel vollständig Recht, daß die Arbeitgeber die Gleichberechtigung ihrer Arbeiter anerkennen sollen. Aber solange Kündigungsfristen gesetzlich existirten, solange müsse gesetzlich darüber gewacht werden, daß sie eingehalten werden. Den Kontraktbruch bei dem letzten großen westfälischen Kohlenstreik habe kein rechtlich denkender Mensch vertheidigt. Dennoch beginnen jetzt wieder Streiks in Westfalen unter Kontraktbruch. Erfreulicherweise hatte sich dieses Mal ein ansehnlicher Theil der rheinisch-westfälischen Bergarbeiter zurückgezogen. Derselbe vermeide das unpatriotische Verfahren der sogenannten belgischen Bergarbeiter-Delegirten in Paris. — Abg. Stadthagen (Soz.): Die Vertreter der Commune, die die deutschen Bergarbeiter-Delegirten ehrten, seien in schändlicher Weise um die höchsten Ziele eingetreten und dafür in schmählichster Weise behandelt worden. — Senator Bindach-Hamburg weist die Förster'schen Angriffe auf die Hamburger Behörden zurück. Es sei ein großes Maß von Nachsicht gewährt worden, aber Alles, was Anderen heilig und werth sei, werde von den Agitatoren in den Staub gezogen, die Geschichte gefälscht und vor groben Lügen nicht zurückgeschreckt. Das Hamburger „Echo" habe anläßlich der Wahl im 19. Wahlkreise behauptet, Bismarck habe gar keine Verdienste um die Schöpfung des Reiches. Bebel äußerte in einer Versammlung die Meinung, Christus würde, wenn er heute zur Erde käme, sofort als Sozialdemokrat mit 1 Jahr Gefängniß bestraft werden. — Nachdem noch Fahr. v. Stumm für die Regierungsvorlage gesprochen, wird § 153 mit 142 gegen 78 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen die Konservativen und Nationalliberalen, letztere mit einigen Ausnahmen. Der Rest der Vorlage wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. Damit ist die 2. Berathung des Arbeiterschutzgesetzes beendet. — Morgen Musterschutzgesetz.

Berlin. Der Kaiser wird Abends 11 Uhr 15 Min., von Dresden kommend, in Eisenach erwartet. Die Kaiserin reist morgen Vormittag nach Weimar. — Gelegentlich der Reise des Kaisers nach Bonn Anfang Mai findet eine Begegnung des Kaisers mit dem Großherzog von Luxemburg statt. Der Letztere wohnt der Einzugsfeier des neuvermählten Paares in Arolsen bei. — Am heutigen Geburtstage des Königs von Sachsen brachte heute früh die Musik der Eisenbahnbrigade dem Sächs. Gesandten Graf Hohenthal, der von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, und dem sächsischen Militärbevollmächtigten Oberst v. Schlieben Morgenmusiken. Abends vereinigten sich unter Vorsitz des Grafen Hohenthal die im Reichsdienst stehenden und hier wohnenden Sachsen, die hierher kommandirten sächsischen Offiziere und die sächsischen Reichstagsabgeordneten zu einem gemeinsamen Festmahl im Englischen Hause.

Berlin. Der „Reichsanz." veröffentlicht heute amtlich die Ernennung des Barons v. Soden zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika und Zimmerer's zum Gouverneur von Kamerun, sowie die Stellung Wißmann's und Peters' als Kommissare zur Verfügung des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika. Wißmann ist heute nach Europa abgereist. Er bricht nach Abauf seines Urlaubs nach dem Victoria-Nyanza auf. Von Emin Pascha ist noch keine Antwort auf das ihm gemachte Anerbieten, als Kommissar im Reichsdienst zu bleiben, eingetroffen.

Essen. Die Zahl der Streikenden im Oberbergamtsbezirk Dortmund ist auf 7000 gestiegen.

Metz. Anläßlich des Geburtstages des Königs von Sachsen fand eine Parade der hier garnisonirenden sächsischen Truppentheile statt. Nach Beendigung der Parade wurden dem an dem Grundsteine für das Kaiser Wilhelm-Denkmal aufgestellten Regiment Nr. 45 durch General Grafen Haeseler die neuen Fahnen übergeben.

Gotha. Redakteur Boshardt vom „Gothaer Tagebl." ward wegen Beleidigung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien und mehrerer Gothaer Staatsbeamten zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Wien. Die Verzögerung des formellen Abschlusses des deutsch-österreichischen Handelsvertrages wird auf die mehrtägige Abwesenheit des Ministers Szechenyi zurückgeführt.

Wien. Zum Bürgermeister ward Dr. Prix wiedergewählt. Die Antisemiten gaben 200 leere Stimmzettel ab.

Rom. Auf der Unglücksstätte beim Pulverthurm bei Porta Pantaleo sind bisher 2 Todte aufgefunden worden, 70 Verwundete sind in Hospitälern untergebracht. Von den Wachtmannschaften beim Pulverthurm sind 8 schwer verletzt, darunter der Genie-Kapitän Spaccamela, durch dessen Kaltblütigkeit die Besatzung des Forts gerettet wurde. Ihm wurden beide Beine weggerissen. Der Soldat, der im Augenblick der Katastrophe Posten stand, blieb unversehrt. Wo der Pulverthurm stand, klafft ein 20 Mtr. weites Loch. Im Thurm waren 250 Tonnen Pulver. In der ganzen Stadt sind zahlreiche Gebäude beschädigt. Im Vatikan sind u. A. die vom König Maximilian von Bayern dem Papst Pius IX. geschenkten kunstvollen Glasfenster der Königstreppe zerstört. Der durch die Explosion hervorgerufene Luftdruck wurde bis Frascati, eine Strecke von 22 Kmtrn., verspürt. Ein Verbrechen ist nicht ausgeschlossen. Die Offiziere des Forts erklärten, daß der Pulverthurm bis gestern Nachmittag 3 Uhr nicht betreten worden sei.

London. Die portugiesische Regierung verfügte freie Schiffahrt auf dem Pungwefluße, falls der Wiederbesetzung von Massi-Kesse kein Hinderniß bereitet würde. Salisbury gab eine entsprechende Versicherung. — Aus Scodale wird ein ernster Zusammenstoß zwischen Unterbeamten des Sheriffs, welche die streikenden Coakesarbeiter exmittiren sollten, mit den letzteren gemeldet. Ein Mädchen wurde getödtet, viele Personen verwundet, darunter der Sheriff. Die Menge ward schließlich durch eine Milizkompagnie zerstreut.

Essen. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet: Die Führer der Ausständigen der Zeche „Centrum", Wendelmann und Heihoff in Wattenscheid, wurden heute in das Gefängniß abgeführt. Die Verwaltung forderte die Streiker auf, bis zum 27. April anzufahren, widrigenfalls sie als abgelegt betrachtet seien. Auf der Zeche „Centrum" fuhren von 364 Mann Nachmittags 75 unter Tage und 37 über Tage an, auf Zeche „Hasenwinkel" arbeiteten Nachmittags Niemand, auf Zeche „Elberg" arbeiteten von 69 unter Tage 23, auf Zeche „Friedlicher Nachbar" von 110 unter Tage 10 und von 86 über Tage 70, auf Zeche „Bonifacius" fuhr Nachmittags Alles an und auf den Zechen „Maria Anna" und „Steinbank" arbeiteten nur 9 Mann.

Die **Berliner Börse** eröffnete vielfach mit theilweise niedrigeren Notirungen. Später befestigte sich die Tendenz im Anschluß an bessere Londoner Notirungen für Argentinien etwas. Bergwerke auf rheinisch-westfälische Streiknachrichten anhaltend schwach. Von fremden Renten ung. Goldrente gefragt. Im Kassa-

Pfund's Kindermilch. Trocken-Vorzug.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bankstr. 11/12.